

Gedenkrede Kranzniederlegung für Friedrich Ebert, 28.2.2014, Baden-Baden.

Stadtrat Dr. Kurt Hochstuhl

Heute vor 89 Jahren, am 28. Februar 1925, verstarb in Berlin Friedrich Ebert. Dieser Tag ist seither ein Gedenktag der deutschen Sozialdemokratie, seit einigen Jahren auch in Baden-Baden. Denn Friedrich Ebert ist in vielfältiger Hinsicht eine Symbolgestalt unserer Partei und damit Teil jenes Fundaments, auf dem unsere erfolgreiche, freiheitlich demokratische Grundordnung heute ruht. Symbolfigur insofern, als Ebert als erster Reichspräsident der Republik von Weimar den Weg der Sozialdemokratie von einer verfeimten Außenseiterposition in die Mitte der Gesellschaft quasi vollendete. Lang war dieser Weg gewesen, der die 1863gegründete Partei und deren Mitglieder von den „Reichsfeinden“, wie sie von ihren Gegnern titulierte wurden, zu zentralen Gestaltern des Wandels vom obrigkeitlichen Anstaltsstaat zu einem Gemeinwesen führte, in dessen Zentrum nicht nur das Ideal der politischen Gleichheit der Bürger sondern auch das der sozialen Gleichheit aller stand.

Daran hatte Ebert, neben August Bebel und vielen anderen, wesentlichen Anteil, darin besteht noch heute seine in unsere Gesellschaft hineinwirkende Bedeutung. Für die Entwicklung unserer Partei hat Friedrich Ebert jedoch noch eine innere Bedeutung. Er ging als Sieger aus der jahrzehntelangen innerparteilichen Auseinandersetzung hervor, die sich um die Frage entzündete, ob das anfängliche Konzept der politischen und sozialen Revolution auf komplexe Industriegesellschaften, wie Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine geworden war, noch anzuwenden war. Friedrich Ebert war in dieser Auseinandersetzung Teil der revolutionskritischen Position und Anhänger eines evolutionären Reformkurses, der über politische Beteiligung und Mitwirkung die Gesellschaft von innen heraus verändern wollte. Die mit seiner Wahl zum Nachfolger Bebels 1913 als Parteivorsitzender dokumentierte Richtungsentscheidung bestimmte dann auch die Haltung der Sozialdemokratie zum Ersten Weltkrieg, dessen Ausbruch im Jahre 1914 in diesem Jahr in einer besonders intensiven Form gedacht wird.

Den Krieg sah er wie die meisten seiner Genossen als gerechten Verteidigungskrieg und deswegen auch als Chance für die Sozialdemokratie, aus dem Odium der *vaterlandslosen Gesellen* herauszutreten und als Mitgestalter der zukünftigen politischen Geschichte anerkannt zu werden. Fast alle Arbeiterparteien Europas glaubten der nationalen [Propaganda](#), hielten das Verhalten der eigenen Regierungen für „Verteidigung“, das der anderen für „Angriff“ und stellten die innenpolitischen Gegensätze zugunsten der „nationalen Einheit“ zurück. Daran zerbrach die [2. Internationale](#). Charakteristisch dafür war der Satz, mit dem die SPD-Fraktion im Reichstag am 4. August ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten begründete: „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich.“

Diese Zustimmung und die Wahrung des *Burgfriedens*, der von Kaiser Wilhelm II. verkündeten Überwindung aller Parteigegensätze für die Dauer des Krieges, waren notwendige Vorleistungen für das Erreichen des angestrebten Ziels. In seiner berühmten Rede im Reichstag am 5. April 1916 kleidete er diese anfängliche Hoffnung über die neue Rolle der Arbeiterklasse im zukünftigen

Nachkriegsdeutschland in selbstbewusste Formulierungen: *„Meine Herren, dieses neue Schützengrabengeschlecht, das in langen Monaten in Kampf und Gefahr gemeinsam dem Tode ins Auge geschaut hat, dem Tode, der keine Klassen und keine Ausnahmen kannte, – dieses neue Schützengrabengeschlecht lässt sein politisches Leben nicht wieder in die Drahtverhau des Dreiklassensystems hineinzingen.*

Erste Erfolge dieser Strategie stellten sich noch in der Kriegszeit ein. 1916 erfuhren die Gewerkschaften erstmals offizielle Anerkennung von Seiten der Staatmacht, was ihnen die Interessenvertretung ihrer Mitglieder auf Augenhöhe mit staatlicher Verwaltung und den Unternehmerverbänden eröffnete.

Dass je länger der Krieg dauerte, je größer die Verluste wurden, je grausamer die Monsterschlachten im Stellungskrieg geführt wurden, nicht nur der Burgfrieden an seinen inneren Widersprüchen zerbrach, sondern auch die SPD sich spaltete, kostete den Vorsitzenden viel Kraft. Der Verlust zweier Söhne an der Front taten ein Übriges, um den einst so robusten Ebert psychisch und physisch zu schwächen.

In der Revolution 1918 wurde er im Rat der Volksbeauftragten zu einem Garanten des ordnungsgemäßen Übergangs von der Monarchie zur Demokratie. 1919 wurde er in Weimar von der dortigen Nationalversammlung zum ersten Reichspräsidenten der ersten deutschen Republik gewählt. In den nachfolgenden Krisenjahren gewann er als konsequenter Verteidiger der Verfassung und entschlossener Kämpfer gegen Putschversuche von rechts wie links weiter an Profil. Sein früher Tod 1925 im Alter von nur 54 Jahren war für die SPD ein herber Verlust, von dem sie sich bis 1933 nur schwer erholen sollte. Darüber hinaus trat mit Friedrich Ebert eine Persönlichkeit ab, die geeignet gewesen wäre, die politische Mitte der Weimarer Republik zusammenzuhalten und damit das Erstarken der Extreme zu verhindern.

Grund genug also, ihn posthum mit dieser Kranzniederlegung zu ehren und sich seiner zu erinnern.